

## Resolution “Kinder in Armut” Mitgliederversammlung 2004

Die Bedeutung der Kinder- und Familienpolitik ist gerade in Krisenzeiten klar zu erkennen, wenn über Reformen der Sozialsysteme, demografischen Faktor oder Fachkräftemangel bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit diskutiert wird. Die Schere zwischen Besitzenden und nicht Besitzenden, zwischen an Bildungschancen Beteiligten und Ausgegrenzten wird immer größer.

Der Kinderschutzbund sorgt sich um die zunehmende Armut, besonders die weiter um sich greifende Kinderarmut. Die persönlichen Folgen für jedes einzelne Kind und die gesellschaftlichen Folgen dieser Entwicklung müssen Anlass geben zu größter Sorge für alle Verantwortlichen in unserer Gesellschaft. In Schleswig-Holstein sind 46.000 Minderjährige sozialhilfeabhängig, das sind 40 % aller Sozialhilfeempfänger und 9 % aller Kinder in Schleswig-Holstein (2002). Der Kinderschutzbund Schleswig-Holstein sieht in den Gesetzen, die die Bundesregierung aus der Agenda 2010 entwickelt und verabschiedet hat, sowohl Chancen als auch Risiken. Die Agenda 2010 kann zu Verschlechterungen, aber sie kann auch zu Verbesserungen für die Situation von Kindern und ihren Familien führen. Die Chance auf Verbesserung sieht der Kinderschutzbund vor allem in einem massiven Ausbau von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige.

Neben dem Einsatz für ein gewaltfreies Aufwachsen von Kindern ist die Bekämpfung von Kinderarmut einer der wichtigsten Schwerpunkte unserer Arbeit im Deutschen Kinderschutzbund.

### 1. Finanzielle Förderung von Kindern und Familien

Das Statistische Bundesamt geht von 1,1 Millionen Kindern in Deutschland aus, die von Sozialhilfe leben. Durch die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe werden weitere 500.000 Kinder auf das Sozialhilfeniveau abrutschen, sagt eine Expertise des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV). Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium Christel Riemann-Hanewinkel geht bundesweit von 220.000 Kindern aus.

Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte am 14. Februar 2003 auf einer Veranstaltung in Bochum, dass 18 % aller Familien in Deutschland in Armutssituationen leben. Das sind unglaubliche und beschämende Zahlen in einem reichen Land wie Deutschland.

Der Kinderschutzbund fordert für Kinder eine eigenständige Grundsicherung. Damit werden Kinder aus dem System der Sozialhilfe herausgeholt und das Kindergeld tritt an die Stelle des Sozialhilferegelsatzes. Eine Anrechnung auf den übrigen Sozialhilfebedarf des Haushaltes findet nicht statt.

Auch das Konsumverhalten in unserer Gesellschaft verursacht Kinderarmut. Daher fordert der Kinderschutzbund Schuldnerberatung speziell als Angebot für Kinder flächendeckend anzubieten. Denn die hohe Verschuldung schon von Kindern und Jugendlichen ist alarmierend.

## **2. Erziehung, Bildung, Betreuung**

Die Arbeitslosenhilfe-Reform soll die Kommunen um 2,5 Mrd. Euro entlasten ab 2005. Davon sollen 1,5 Mrd. Euro in den Ausbau von Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren investiert werden. Der Kinderschutzbund begrüßt diese Absicht, denn Eltern erwartet verbesserte Aufstiegs- und Wiedereinstiegschancen im Berufsleben. Der Kinderschutzbund Schleswig-Holstein erwartet die konsequente Umsetzung von Bund, Land und den Kommunen.

Die Bildungsbenachteiligung beginnt bereits mit der Geburt. Sozial benachteiligte Kinder besuchen seltener den Kindergarten, der bereits Bestandteil des Bildungssystems ist. PISA - und IGLU Studien haben darauf hingewiesen, dass der soziale Status der Eltern entscheidenden Einfluss auf die Bildungsverläufe der Kinder hat. Die Kinder armer Eltern haben danach deutlich geringere Bildungschancen als Vergleichsgruppen und in der Folge schließt sich auch hier der Kreislauf von mangelnder Bildung und Ausbildung und den Möglichkeiten, später als Erwachsener für ein ausreichendes Familieneinkommen selbst zu sorgen.

Ein elternbeitragsfreies letztes Jahr vor der Schule in Kindertagesstätten ist aus Sicht des Kinderschutzbundes ein richtiger Schritt. Der Kinderschutzbund fordert in seinen kinder- und familienpolitischen Leitlinien, dass der Besuch einer Kindertagesstätte wie ein Schulbesuch insgesamt beitragsfrei sein sollte, damit er uneingeschränkt von allen Kindern wahrgenommen werden kann. Für viele Kinder – so auch für Kinder mit Migrationshintergrund – erhöht ein solches Angebot die Chance der Integration.

Der Kinderschutzbund fordert für Schleswig-Holstein ein Gesamtkonzept für die Betreuung und deren Finanzierung im vorschulischen und schulischen Bereich. In den Kreisen und kreisfreien Städten gibt es bereits unterschiedliche Regelungen. Der Kinderschutzbund fordert eine konzeptionelle Harmonie von verlässlicher Grundschule und Hortbetreuung. Zu geplanten Kürzungen im Hortbereich, beispielsweise im Hinblick auf die Ferienbetreuung bei wegfallenden Hortangeboten, darf es nicht kommen. Die Bedeutung von Kinderhorten auch zur Annäherung von besseren Chancen im Bildungsbereich kann nicht hoch genug bewertet werden. Für Kinder mit Behinderungen müssen Lösungen für die Betreuung gefunden werden.

Der Kinderschutzbund fordert, der Qualität von Betreuung, Förderung und Bildung in Kindertagesstätten einen hohen Stellenwert zuzuweisen.

## **3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Vor allem für Eltern in wirtschaftlich schwieriger Situation hat ein flächendeckendes Angebot von qualifizierter Ganztagsbetreuung für Kinder jeden Alters drei Dimensionen: Ein alleinerziehender Elternteil kann einer geregelten Erwerbstätigkeit nachgehen, das Familieneinkommen kann oberhalb der Armutsgrenze liegen, die Kinder können in der Betreuungssituation Defizite ausgleichen in bezug auf Bildung, Betreuung und Erziehung.

Der Kinderschutzbund begrüßt, dass über steuerliche und finanzielle Anreize hinaus Maßnahmen intensiviert werden, indem der Ausbau von offenen Ganztagschulen gefördert wird. Der Kinderschutzbund fordert darauf zu achten, dass der Betrieb von offenen Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung an Schulen mit qualifizierten Personal durchgeführt wird. Eine familienfreundliche Arbeitswelt erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies verlangt eine gute Abstimmung von Familienzeiten, Arbeitszeiten und Zeitplänen in Kindertageseinrichtungen. Das heißt, vorgegebenen Arbeitszeiten müssen auch realistische Betreuungsmöglichkeiten gegenüber stehen. Dies ist insbesondere für Alleinerziehende zu berücksichtigen.

#### **4. Erziehungsfähigkeit stärken / Schutz von Kindern verbessern**

Kinder haben ein Recht auf Erziehung. Der Kinderschutzbund empfiehlt, die Erziehungsfähigkeit aller, die mit der Erziehung von Kindern befasst sind, zu fördern. Elternkurse, Elterntelefone, Familienbildung und Beratungsangebote tragen dazu bei, die Erziehungskompetenz von Eltern zu stärken.

Gerade im Säuglingsalter sind ernste finanzielle Probleme und das Gefühl von sozialer Isolation der Eltern bedeutsame Risikofaktoren für Kinder misshandelt zu werden<sup>1</sup>. Daher müssten gerade Beratungs- und Unterstützungsangebote für Eltern von Säuglingen und Kleinkindern ausgebaut werden.

Die Opfer von Gewalt dürfen von der Gesellschaft nicht alleine gelassen werden. Der Kinderschutzbund appelliert dringend an die kommunale Politik, auch in Zeiten von engem finanziellen Spielraum dem Opferschutz Priorität zu geben.

Der Kinderschutzbund weiß aus seiner konkreten Beratungserfahrung, dass Eltern mit der Vielzahl der Anforderungen an sie oftmals überlastet sind. Daher fordert der Kinderschutzbund eine positive Aussage in den Haushalten vom Land und den Kommunen zugunsten des Bereiches Stärkung der Erziehungsfähigkeit.

#### **5. Beteiligung**

Armut führt zu Ausgrenzung. Schleswig-Holstein hat in dem Bereich Beteiligung von Kindern bundesweit eine Vorreiterrolle. Die Aufnahme von Kinderbeteiligung in der Gemeindeverfassung macht deutlich, dass Partizipation im nördlichsten Bundesland ernst genommen wird. Die Umsetzung obliegt allen Erwachsenen.

Die Schule muss dabei verstärkt partizipatorische Pädagogik praktizieren und darf nicht die wesentlichen Entscheidungen von der Schul- in die Lehrerkonferenz verlagern.

Kinder und Jugendliche brauchen eine eigenständige Vertretung, das heißt, der Kinderschutzbund fordert die Landesregierung auf, das am 22. Januar 2003 gestrichene Amt der/des Kinder- und Jugendbeauftragten wieder zu besetzen. Das Signal, das mit dem Wegfall einer Beauftragten an die kommunalen Kinder- und Jugendbeauftragten gesendet wurde, bewertet der Kinderschutzbund als höchst problematisch.

#### **6. Kindergesundheit**

Gesundheit ist für Kinder und Jugendliche eine der maßgeblichen Voraussetzungen für eine optimale Entfaltung gemäß ihrer Möglichkeiten und Begabungen auf dem Weg zur Teilhabe an Gesellschaft. Kindergesundheit wird durch vielfältige Faktoren bestimmt.

Die Armutssituation für Kinder mindert in gravierender Weise die Entwicklungs- und Lebenschancen der Kinder. Der Gesundheitszustand von Kindern sozial benachteiligter Eltern ist deutlich schlechter als in Vergleichsgruppen, ihre Kinder leiden stärker als andere unter Lern- und Entwicklungsstörungen. So ist auch erwiesen, dass Kinder, die in Armut aufwachsen, später als Erwachsene eine deutlich schlechtere Gesundheit aufweisen und in der Folge wiederum die oft chronischen gesundheitlichen Belastungen das Risiko von Armut wieder erheblich erhöhen.

Der Kinderschutzbund Schleswig-Holstein hat deswegen die Reihe „Chancengleichheit für Kinder durch Gesundheit“ konzipiert und sich bereits zu den Themen Ernährung, Hörvermögen, Bewegung, frühe Hilfen vor Gewalt geäußert.

Der Kinderschutzbund fordert, diesen Aspekt in allen politischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Land, Städte und Kreise müssen gesundheitsfördernde Aspekte wie gesunde, ausgewogene Ernährung, psychische Gesundheit, Förderung der motorischen Fähigkeiten, breit angelegte, angemessene Vorsorgeuntersuchungen in Kitas und Schulen (Hören, Sehen, allgemeine Motorik, Sprech- und Sprachfähigkeiten) fördern und damit geeignete Maßnahmen für die Chancengleichheit der schleswig-holsteinischen Kinder ergreifen.

### **Schlussbemerkung**

Eine wachsende Anzahl von Kindern ist mit schwerwiegender Unterversorgung in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wohnen und sozialer und kultureller Teilhabe konfrontiert. Um diese Entwicklung in einer *konzertierten Aktion* entschieden aufzuhalten, müssen Politik und Kinderschutz im Dialog stehen. Der Kinderschutzbund Schleswig-Holstein fordert die Politik in Land, Städten, Kreisen und Gemeinden auf, eine klare Gewichtung zugunsten der Entwicklungschancen von Kindern in Armut vorzunehmen. Der Kinderschutzbund weist nachdrücklich darauf hin, dass Kinder-, Jugend- und Familienpolitik eine Querschnittsaufgabe ist und damit alle Bereiche des Lebens betrifft. Alle politischen Entscheidungen sollen auf ihre Auswirkungen für Kinder und Familien überprüft werden.

Verabschiedet von der Mitgliederversammlung des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Plön, 30. April 2004

<sup>1</sup> Brown, Kevin, Prof.; Dixon, L., Hamilton-Girachritsis (2003): Risk factors and poor parenting associated with the intergenerational cycle of child abuse and neglect. University of Birmingham